

## Reform der Pflegeversicherung auf neuen Wegen?



Quelle: BMG

Gesundheitsminister Philipp Rösler (hier bei der Eröffnung einer Fotoausstellung des Ministeriums zur Pflege im Kloster Lehnin) hat 2011 zum Jahr der Pflege ausgerufen. Das Research der Deutschen Bank spricht sich für einen Mix der Vorsorgesysteme aus.

(ac) Die Reform der Pflegeversicherung soll 2011 das wichtigste Vorhaben des Gesundheitsministeriums werden. Nun stehen zentrale Pläne des Koalitionsvertrags zur Pflegepolitik vor dem Aus. Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung wird es eine verpflichtende private Zusatzversicherung nun nicht geben. Offizielle Aussagen von Regierungsseite liegen allerdings bisher nicht vor. Eine Reserve für die Finanzierung der Pflegekosten, die aber durch die Solidargemeinschaft getragen werden soll, wird weiterhin angestrebt. Laut dem Koalitionsvertrag soll das Umlageverfahren lediglich durch Kapitalbildung ergänzt werden. Letztere müsse „verpflichtend, individualisiert und generationengerecht ausgestaltet sein“, so der Vertrag. Ob dies konkret zu einem Modell kapitalbildender Vorsorgeprodukte nach der Art der Riester-Rente führt oder ein zumindest teilweiser Umstieg hin zu einer privaten Pflegeversicherung

umgesetzt wird, bleibt offen. In beiden Fällen ist eine höhere Eigenverantwortlichkeit der Bürger gefragt.

### Säulen der privaten Vorsorge stärken

Die Deutsche Bank Research spricht sich in einem Kommentar für eine Stärkung der Säulen privater Vorsorge, Riester-Rente, Basis-Rente und betriebliche Altersversorgung aus. Eine Möglichkeit sieht sie im Opt-out-Modell bei der betrieblichen Vorsorge sowie in einer Dynamisierung der staatlichen Förderung der individuellen Vorsorge. Bei Modellen des ergänzenden Vorsorgesparens müsse eine Entlastung der aktiven Beitragszahler in den nächsten Jahrzehnten gewährleistet sein. Auch für Ältere müsse eine sanfte Übergangslösung geschaffen werden. Über 65-Jährige müssten demnach in der sozialen Pflegeversicherung versichert bleiben, da für sie sonst die Kosten wegen des hohen Pflegefallrisikos zu hoch würden. Der Kommentator von DB Research empfiehlt einen Mix der Systeme. Dabei würden private Versicherungsgeber die Aufgabe der SPV (teilweise) übernehmen. Dazu gehöre zum Beispiel die private Absicherung von Karenzzeiten. Um eine Abwälzung privater Pflegekosten auf den Staat zu verhindern, verpflichtet der Staat die Mitglieder der SPV, sich privat so weit abzusichern, dass im Pflegefall ein Mindestschutz besteht. ■

## Deutsche Firmen forsten gemeinsam Regenwald auf

(ac) Nach den beiden erfolgreichen BaumInvest-Fonds für ökologische Kapitalanlage hat die Querdenker GmbH mit dem VisionsWald nun ein neues Projekt gestartet. Engagierte Firmen übernehmen die Patenschaft für die Aufforstung von naturnahem tropischen Regenwald auf der Finca Tierras Buenas in Costa Rica. Dieser Wald soll von den Menschen vor Ort nachhaltig bewirtschaftet werden, damit sein Schutz und Erhalt auf Dauer gewährleistet ist. Zudem stehen Flächen zur Verfügung für Projekte in ökologischer Landwirtschaft und Weiterverarbeitung, für regenerative Energien oder Forschung. Die beteiligten Firmen können sich hier mit ihren Kompetenzen und Interessen einbringen.

Die Zertifizierung nach dem CarbonFix Standard garantiert Umfang, Qualität und Dauerhaftigkeit der Aufforstung. Gleichzeitig entstehen hieraus werthaltige CO<sub>2</sub>-Zertifikate, die sie zur Kompensation ihrer unvermeidbaren CO<sub>2</sub>-Emissionen nutzen können. Leo Pröstler, Geschäftsführer von Querdenker GmbH, betont: „Wir wollen keine Greenwasher. Vielmehr suchen wir Unternehmen, die sich auch bisher schon um Nachhaltigkeit bemühen und laden diese herzlich ein, im VisionsWald mitzumachen – gerade jetzt in 2011, dem internationalen Jahr der Wälder.“ ■

## Arbeitslosigkeit führt am häufigsten zur Überschuldung

(ac) Die Arbeitslosigkeit ist der häufigste Auslöser für eine Überschuldungssituation bei Privatpersonen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) war im Jahr 2009 die Arbeitslosigkeit bei 28% der von Schuldnerberatungsstellen betreuten Personen der Hauptauslöser für die Überschuldung. Auch andere Ereignisse wie zum Beispiel Trennung, Scheidung sowie Tod des Partners oder der Partnerin (zusammen 14%), Erkrankung oder Sucht (11%) führten zu kritischen finanziellen Situationen. Eine unwirtschaftliche Haushaltsführung (10%) und gescheiterte Selbstständigkeit (9%) waren weitere wichtige Auslöser für Überschuldung. Im Jahr 2009 lebten laut Destatis 44% aller von den Schuldnerberatungsstellen beratenen

Personen allein. Dabei machten alleinstehende Männer etwa 27% aller beratenen Personen aus. Der Anteil der allein lebenden Männer insgesamt an allen Haushalten lag nur bei 18%. Auch allein erziehende Frauen waren überproportional von Überschuldung betroffen. Sie zählten fast dreimal so häufig zur Klientel der Schuldnerberatungsstellen (14%), als es ihrem Anteil an allen Haushalten (5%) entsprach. Die überschuldeten Personen hatten 2009 im Durchschnitt rund 35.000 Euro Schulden, davon entfielen 20.000 Euro oder 56% auf Schulden gegenüber Banken, die somit die wichtigsten Gläubiger waren. Diese Angaben beruhen auf einer Befragung von Schuldnerberatungsstellen in Deutschland. ■